



Kinder in einer Wuppertaler Schulkantine
Weniger wert als Studenten

ROLAND GEISHEIMER / ATENZIONE

ERNÄHRUNG

Essen im Keller

Deutsche Schulkantinen sind unterfinanziert, ungemütlich und unbeliebt. Jetzt will der Bund armen Kindern das Essen mit 120 Millionen Euro jährlich bezuschussen, ändern dürfte sich wenig.

Gegen 11.30 Uhr laufen einige Schüler der Thomas-Mann-Grundschule in Berlin-Prenzlauer Berg über einen dunklen Flur, biegen rechts ab in einen schlecht gelüfteten Raum und stellen sich vor eine graue Jalousie, die kurz darauf in einem Ruck hochgerissen wird. Die Kantine ist eröffnet, das Mittagessen beginnt.

Hinter der Jalousie stehen zwei Frauen mit Plastikhauben auf dem Kopf und schieben Teller mit Spaghetti Bolognese, Sojawurst und Kartoffelbrei-Kleckschen über die Theke. Die Fünf- bis Zwölfjährigen balancieren ihre Teller zu den alten Schulmöbeln und beugen sich dann über ihr Essen. „Bäh“, sagt ein Mädchen, „igitt“, ein anderes.

Neuerdings serviert die Berliner Kantine zwar öfter mal Bio-Kost, ansonsten ist sie aber eine typisch deutsche Schulmensa: unterfinanziert, ungemütlich und bei vielen Schülern unbeliebt.

Viele der etwa zwei Millionen deutschen Ganztagschüler meiden ihre Speisesäle ähnlich konsequent wie Gourmets Fastfood-Restaurants. Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen gehen mittags lieber in die Imbissbude, zum Bäcker oder nach Hause, hat eine bundesweite Studie der Hamburger Ernährungswissenschaftlerin Ulrike Arens-Azevêdo ergeben.

Einige Schüler und Eltern stören sich zwar auch an den Portionspreisen, die durchschnittlich bei 2,50 Euro liegen. Häu-

fig sind es aber das schlecht schmeckende Essen, die trostlosen Räume und die fehlende Auswahl, die sie abschrecken.

Für die Politik ist das Akzeptanzproblem der Schulverpflegung bisher kein Thema. Dabei ist schon jetzt fast jeder dritte Schulstandort eine Ganztageseinrichtung und muss daher eine Mensa anbieten. In den kommenden Jahren werden zu den etwa 12 000 Ganztagschulen noch etliche dazukommen. Sie gelten als eines der wenigen Mittel, mehr Chancengerechtigkeit für Unterschichtenkinder zu schaffen und gleichzeitig Eltern mehr Betreuungssicherheit zu bieten. Ganztagschulen können aber nur funktionieren, wenn die Kinder in der Schule verpflegt werden, und so steht der Staat vor einer gastronomischen Großoffensive. Die droht nun zum Flop zu werden.

Die Bundesregierung will bedürftigen Ganztagschülern das Essen in den Kantinen künftig zwar mitfinanzieren; ein entsprechender Gesetzentwurf wurde vor anderthalb Wochen im Zuge der Hartz-IV-Neuregelung vom Bundeskabinett beschlossen und sieht vor, dass bedürftige Kinder nur noch einen Euro pro Portion bezahlen sollen. Gleichzeitig sparen Bund, Länder und Kommunen aber an der Qualität des Essens und der Ausstattung der Essensräume. „Schlichtweg katastrophal“ sei es, in welchen Räumen sich die Kinder oft für den Nachmittagsunterricht stärken müssten, sagt Ökologin Arens-Azevêdo.

Bund und Länder legten für die Ganztagschulen und die Einrichtung der Kantinen zwar Sonderprogramme auf. Auch die Gelder aus dem Konjunkturpaket II konnten die Kommunen, die meist als Schulträger fungieren, in Essensräume investieren. Doch die Mittel reichten nicht annähernd. In vielen Schulen wurde daher einfach irgendein Klassenzimmer geräumt, der erstbeste Caterer bestellt und ein Speiseplan an die Wand gepinnt: Fertig war die Schulkantine.

Im rheinischen Leichlingen speisen die Kinder seit Monaten auf dem Flur, im brandenburgischen Rheinsberg in einem feuchten Kellerraum. Arens-Azevêdo kennt Schulen, in denen mittags Bierische und Bänke in der Aula aufgebaut werden oder das Essen direkt im Klassenzimmer aufgeföhren wird.

Ganztags-Grundschulen, an denen die Kinder zum Mitessen verpflichtet sind, haben ein anderes Problem: viel zu kleine Räume. So bleiben zum Beispiel einigen Berliner Steppkes laut einer Studie nur knapp 15 Minuten, um das Mittagessen hinunterzuschlingen; dann müssen sie die Tische verlassen, damit sich auch ihre Mitsöhler noch stärken können.

„Das hat doch nichts mehr mit Esskultur zu tun“, kritisiert Ellen Nonnenmacher, deren Tochter die Thomas-Mann-Grundschule besucht. Gemeinsam mit einigen anderen Müttern und Vätern kämpft sie für mehr Wohlbefinden im Speisesaal. Kürzlich hat die Elterngruppe schon mal die Wände der Mensa freundlicher gestrichen. Zudem konnte sie nach langem Kampf einen Caterer durchsetzen, der mehr Gemüse und Salat serviert.

Michael Jäger von der Vernetzungsstelle Schulverpflegung in Berlin fordert eine „massive Finanzspritze“ für die Mensen. Seit Jahren berät er Schulen, Caterer und Elternvereine, die Kantinen betreiben. Für den Träger gehe es meist nur darum, die Speisung „so günstig wie möglich“ zu erledigen. Oft werde am Personal gespart, das die Mahlzeiten ausbebe, berichtet Jäger. So sei es kein Wunder, dass das Essen oft lauwarm auf den Tisch komme.

„Deutschland muss es schaffen, die Schulverpflegung auf das Niveau von Behördenkantinen oder Uni-Mensen zu hieven“, sagt Jäger. Derzeit sind die kleinen Esser dem Staat allerdings weniger wert als zum Beispiel Studenten. Uni-Mensen kassieren Zuschüsse für den laufenden Betrieb und können Salatbuffets anbieten. Schulkantinen müssen meist kostendeckend arbeiten und können schon froh sein, wenn die Kinder die Auswahl zwischen einem Fleischgericht und einer vegetarischen Mahlzeit haben.

Vielen Einrichtungen wäre geholfen, wenn ihnen der Staat zumindest steuer-

lich entgegenkäme. Der Bund behandelt Schulkantinen aber schlechter als Wurstbuden. Gastronomische Betriebe, die Fastfood nur in Pappschachteln zum Mitnehmen ausgeben, müssen nämlich nur sieben Prozent Mehrwertsteuer abführen, Schulkantinen 19. Eine Blüte des deutschen Steuerrechts, über die sich unter anderem ein privater Förderverein aus Salzgitter ärgerte; er zog vor Gericht und kämpfte dort für eine komplette Steuerbefreiung. Der Fiskus wollte das nicht akzeptieren und ging bis zum Bundesfinanzhof, um die Kochmütter dann im Februar 2009 erfolgreich niederzuringen.

Würde der Bund den Schulkantinen steuerlich entgegenkommen, könnte das Essen an vielen Orten deutlich billiger und wie in der Kantine des Bundesfinanzministeriums vielleicht schon ab 2,10 Euro über die Theke gehen. So aber muss zum Beispiel Kantinenchefin Doris Schröer jedes Jahr aufs Neue kämpfen, damit sie die Preise bei etwa 2,50 Euro halten kann. Schröers Team bekocht die Schüler der Else-Lasker-Schüler-Schule in einem Wuppertaler Problemstadtteil.

Als „Hohn“ empfindet es die 53-Jährige, was ihr das Bundesministerium für Verbraucherschutz oder die Deutsche Gesellschaft für Ernährung regelmäßig in Leitfäden predigen. Danach soll sie viel Bio-Gemüse verwenden, Fleisch aus art-



Mädchen beim Burger-Essen
Lieber in die Imbissbude

gerechter Tierhaltung kaufen und frische Kräuter nutzen. Sie würde das alles gern tun, sagt Schröer. Ohne Zuschüsse für den laufenden Betrieb müsste sie den Preis dann aber um „mindestens 50 Cent“ erhöhen. „Für viele Eltern geht es hier aber um jeden Cent“, sagt sie.

Wie illusorisch es offenbar ist, die hohen Qualitätsziele von Politik und Verbraucherschützern unter den herrschenden finanziellen Bedingungen zu erreichen, zeigte kürzlich eine Studie der Berliner Vernetzungsstelle. Von 431 untersuchten Schulen schaffte es keine einzige, alle Qualitätsempfehlungen umzusetzen.

„Der Staat vergibt gerade eine riesige Chance“, sagt die Hamburger Wissenschaftlerin Arens-Azevêdo. Denn in finan-

ziell gut ausgestatteten Kantinen könnte er die Kinder für gesundes und kalorienarmes Essen begeistern. Nötig wäre das, denn der Anteil dicker Kinder wird von Jahr zu Jahr größer (SPIEGEL 43/2010). Arens-Azevêdo fordert daher mit Blick auf die Kindergesundheit einen „föderalen Kraftakt“. Große Hoffnungen hat sie allerdings nicht. Bund, Länder und Gemeinden scheiterten bereits daran, das europäische Schulobstprogramm flächendeckend umzusetzen. Nach fast zweijährigem Streit um die Kostenübernahme bekommen Kinder in einigen Schulen nun täglich, in anderen nur wöchentlich eine Gratisfrucht – und in einigen gar keine.

Sogar der Plan des Bundes, dem Nachwuchs bedürftiger Familien das Kantinenessen künftig mitzufinanzieren, hat seine Schattenseite. Denn Länder und Kommunen investieren bereits viele Millionen Euro, damit arme Kinder für etwa einen Euro pro Portion mitessen können. Allein Nordrhein-Westfalen zahlt dieses Jahr fast 20 Millionen.

Kommt das Geld demnächst vom Bund – eingeplant sind fast 120 Millionen Euro pro Jahr – dürften die entsprechenden Programme beendet werden. So dient das Investment nicht in erster Linie der Kinderernährung, sondern den Haushaltskassen von Ländern und Kommunen.

GUIDO KLEINHUBBERT



Ready For Real Business **xerox**

Wir digitalisieren weltweit die Dokumente von Procter & Gamble. Damit sie sich nicht mehr darum kümmern müssen.

Mit den Druck-Services von Xerox kann Procter & Gamble mehr Dokumente digitalisieren, das Druckvolumen um 8 Mio. Seiten reduzieren und zusätzlich 30% Energie einsparen. So kann sich Procter & Gamble ganz auf seine Stärken konzentrieren: das Leben der Menschen zu erleichtern – mit Marken, die sie schätzen.

RealBusiness.com/de